

Wir fordern: ein Europa als gemeinsamen öffentlichen Handlungsraum!

- ▶ Die Vielfalt und die ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen muss wieder hergestellt werden. Dies erfordert einen EU-weiten Konsens, der es der Entscheidung der jeweiligen lokalen und regionalen Bevölkerung überlässt, welche Güter und Dienstleistungen grundsätzlich öffentlich-rechtlich bereit zu stellen sind.
- ▶ Die Stärkung demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung zur Verwirklichung eines gemeinschaftlichen Interesses, das im öffentlichen Raum gepflegt und entwickelt werden kann.
- ▶ Die Verteidigung des öffentlichen Sektors und der Bereitstellung öffentlicher Güter in den Bereichen:
 - Wasser - Energie - Verkehr
 - Bildung - Kultur - Medien
 - Gesundheit - Verbraucherschutz
 - Daseinsvorsorge - garantiertes Grundeinkommen
 - Stadtplanung - Wohnungsbau
- ▶ Ziel des europäischen Prozesses muss es sein, öffentliche Güter und Dienstleistungen aus der Marktlogik zu befreien und die Vielfalt öffentlicher Institutionen auf kommunaler, regionaler und europäischer Ebene als ein Kernelement eines europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Demokratiemodells zu fundieren.

Regionalkontakt:

Wozu öffentliche Güter und Dienstleistungen?

Kennen Sie das?

- Bahnlinien werden eingestellt
- das Sozialticket wird abgeschafft und teurer wieder eingeführt
- Strom- und Gaspreise steigen
- Postfilialen werden geschlossen
- hohe Bibliotheksgebühren
- teure Kindergartenplätze



Die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet.

Mit der Zerstörung der öffentlichen Infrastruktur gefährden die "Wettbewerbsökonomien" nicht nur Formen des sozialen Zusammenhaltes und damit wichtige demokratische Grundlagen. Auch die Handlungsspielräume emanzipatorischer Politik werden zunehmend eingeengt.

Öffentliche Güter sind untrennbar verbunden mit einem Entwicklungsweg, der sich entgegen dem fundamentalistischen Marktanspruch der Globalisierung an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Vor diesem Hintergrund müssen öffentliche Güter und Dienstleistungen ausreichend bereit gestellt werden, um die neuen materiellen und psycho-sozialen Unsicherheiten aufzufangen. In diesem Zusammenhang sind sie eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Handeln.



Öffentliche Güter für Europa!



Wer bestimmt, wenn nicht wir?

Attac Berlin AG Europa

Treffpunkt:
jeden 2. Und 4. Dienstag im Monat
in den Räumen des FDCL
Mehringhof, Aufgang 3, 5. OG
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
www.attacberlin.de

Was sind öffentliche Güter und Dienstleistungen?

Zu den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen gehören:

- Wasser- und Energieversorgung
- Verkehrs- und Kommunikationsnetze
- Soziale Grundsicherung
- Zugang zu rechtsstaatlichen Mitteln und Einrichtungen und demokratische Teilhabe
- Bildung (Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Volkshochschulen usw.)
- Medizinische Versorgung (ortsnahe Arzt- und Krankenhausversorgung, Vorsorgemaßnahmen, Behindertengruppen- und -betreuung usw.)
- Altersversorgung (menschenswürdige Pflege- und Rentensicherung, altersgerechte Wohnungen usw.)

Umfang und Qualität öffentlicher Güter sind immer auch Ausdruck des herrschenden Selbstverständnisses einer Gesellschaft und ihrer Werte, Interessen und Kräfteverhältnisse. Das Maß der Bereitschaft, öffentliche Güter aus öffentlichen Haushalten zu finanzieren, entspricht folglich dem Grad der innergesellschaftlichen Solidarität. Öffentliche Güter dienen dem Gemeinwohl, sind unverzichtbar und müssen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Die Bereitstellung und der Zugang zu ihnen darf daher nicht von privatwirtschaftlichen Interessen geleitet und begrenzt werden. Vielmehr müssen sich öffentliche Güter und Dienstleistungen an den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren und gerecht verteilt werden. Dafür bedarf es einer gemeinschaftlichen Vereinbarung und politischen Regulierung, welche nicht die Aufgabe des Marktes sein kann.

Daneben fordert gerade die *Öffentlichkeit* der öffentlichen Güter und Dienstleistungen, dass der politische Prozess, in dem über sie entschieden wird, transparent und demokratisch verläuft.

Der Abbau öffentlicher Güter in Europa

Die europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung ist geprägt von zahlreichen Kämpfen, die zu einer Ausbildung unterschiedlicher nationaler Infrastrukturmodelle geführt haben. Diese bilden eine zentrale Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt in den europäischen Gesellschaften.

Die vielfältige Versorgung mit öffentlichen Gütern ist jedoch spätestens seit den 90er Jahren mit der Unterordnung der öffentlichen Ausgabenpolitik unter die einseitige Logik des Marktes in Gefahr.

Prozesse der Privatisierung gehen einher mit der Rücknahme politischer Steuerung und Kontrolle. Der forcierte Verkauf öffentlichen Eigentums, der Rückgang staatlicher Investitionen und die Vernachlässigung gesellschaftlich unerlässlicher Aufgaben führen zu einer dauerhaften Zersetzung der öffentlichen Infrastruktur. Von dieser Entwicklung sind wir alle betroffen.

Diese Prozesse werden damit erklärt, dass privates wirtschaftliches Handeln effizienter sei als öffentliches und die private Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Güter gewinnbringender und kostengünstiger als deren öffentlich-rechtliche Bereitstellung. Gemäß der neoliberalen Doktrin des Verfassungsentwurfs werden wichtige öffentliche Dienstleistungen als Monopol umdefiniert. Damit fallen sie unter das generelle Verbot der Wettbewerbsverzerrung.

Effizient ist gemäß dieser Logik, was auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Eine Bedürfnissicherheit, die sich am Menschen orientiert, bleibt dabei auf der Strecke. Auch werden bei dieser Modellkalkulation die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Kosten übergangen, die durch diese Entwicklung entstehen. Sollte eine würdevolle Altersversorgung etwa nur jenen offen stehen, die es sich leisten können, diese privat zu organisieren und zu finanzieren?

Verbesserung der Grundversorgung durch die Politik der EU? - Schön wär's!

Nicht die Bedürfnissicherung des Menschen steht im Vordergrund der politischen Bemühungen der Europäischen Kommission zur europäischen Einigung. Statt dessen wird der Weg der *negativen* Integration beschritten. Das heißt, die Mitgliedsstaaten werden in einen Wettbewerb gegeneinander getrieben. Eine positive Definition von öffentlichen Gütern und ihrer Bereitstellung findet sich hier nicht.

Das jüngste Beispiel für diese Orientierung zeigt sich im Verfassungsentwurf der Europäischen Union. Zwar wird mit der Verankerung der Charta der Grundrechte der Zugang zu allen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse "anerkannt und geachtet" (Art. II-6), jedoch enthält sie keine einklagbaren Rechte.

Ähnliches wird mit der angestrebten Dienstleistungsrichtlinie deutlich. Der Entwurf, wie er im Jahr 2004 unter dem letzten Binnenmarktkommissar Bolkestein ausgearbeitet wurde, geht in eine völlig falsche Richtung. Um "bürokratische Hindernisse" abzubauen, sollen alle Dienstleistungen einem schonungslosen Wettbewerb unterworfen werden.

Soziale, ökologische und rechtliche Errungenschaften wie z. B. Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und Gesundheitsleistungen sind durch eine solche Handhabe massiv bedroht.